



HUMBOLDT-UNIVERSITÄT
Weil in den Auditorien die Wände noch feucht waren, musste der Beginn der Vorlesungen auf den 29. Oktober 1810 verschoben werden. 1828 wurde die Berliner Hochschule nach König Friedrich Wilhelm III. benannt, 1949 erhielt sie ihren heutigen Namen – in Anlehnung an den Reformen Wilhelm von Humboldt und seinen Bruder Alexander, den berühmten Naturforscher.

AUFBRUCH IN DIE MODERNE

Vor 200 Jahren begann in Preußen das größte Reformprojekt der deutschen Geschichte. Spitzenbeamte wie Stein, Hardenberg oder Humboldt modernisierten die Verwaltung und befreiten Millionen Bauern; die Universitäten erlangten Weltruf. So ebneten die Reformer Deutschlands Weg in das Industriezeitalter.

Von Klaus Wiegrefe

Wer am 25. Juni 1807 beim ostpreussischen Tilsit die Szene auf der Memel beobachtete, hätte mit guten Gründen darauf setzen können, dass Preußen als Großmacht aus der europäischen Geschichte für immer verschwinden würde. Frierend, in einen russischen Mantel gehüllt, stand König Friedrich Wilhelm III. am Ufer zwischen russischen Offizieren und blickte auf die beiden Flöße in der Mitte des Stromes, der durch sein Königreich verlief. Der eine Ponton war für das Gefolge gedacht, auf dem anderen befand sich ein prächtig geschmückter Pavillon, an dem zwei Buchstaben weithin sichtbar prangten: A für Alexander, den russischen Zaren, und N für Napoleon, Kaiser des französischen Empire.

Und während Friedrich Wilhelm draußen warten musste, verhandelten drinnen die Herrscher der beiden damaligen Supermächte über die Teilung des alten Kontinents – und auch über das Schicksal des Hohenzollerns.

Einige Monate zuvor hatte der korsische Eroberer die vielgerühmte preussische Armee bei Jena und Auerstedt vernichtend geschlagen, war im Triumphzug in Berlin eingezogen und hatte fast ganz Preußen besetzt. Nun plante er, die Hohenzollern zu entthronen und deren Reich aufzuteilen. Russland hätte ein ordentliches Stück bekommen, und natürlich Napoleons Bruder Jérôme, für den ein Königreich Westphalen vorgesehen war, und dem es noch an Ländereien fehlte.

Am Ende verhinderte der Zar, dass es zum Äußersten kam. Doch auch so besiegelte der zwei Wochen später geschlossene Friede von Til-



ULSTEIN BILD

REFORMSTAAT PREUSSEN

1797 bis 1840 Friedrich Wilhelm III.

1806 Preußen erklärt Frankreich den Krieg und wird bei Jena und Auerstedt vernichtend geschlagen. Napoleon zieht im Triumphzug in Berlin ein, Preußen verliert im Frieden von Tilsit 1807 die Hälfte seines Territoriums.

1807 Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein wird leitender Minister, und damit beginnt die preußische Reformzeit. Das „Oktoberedikt“ kündigt die Befreiung der Bauern aus der Erbuntertänigkeit und den ungehinderten Handel mit Land an.

1810 Karl August Freiherr von Hardenberg übernimmt das Amt des Staatskanzlers und führt die Reformen unter anderem in Verwaltung, Bildungswesen und Militär weiter.

1810 Gründung der Berliner Universität durch den Sprachwissenschaftler Wilhelm von Humboldt. Herausragendes Merkmal ist die von Humboldt propagierte Verbindung von Forschung und Lehre.

1811 Der national und antisemitisch gesinnte Lehrer Ludwig Jahn richtet den ersten deutschen Turnplatz ein. Der „Turnvater Jahn“ will dem Staat körperlich starke Soldaten für den Kampf gegen Napoleon stellen.

1811 Das Regulierungsedikt verpflichtet Bauern, bis zur Hälfte ihres Landes an die Gutsherren zu übertragen – als Entschädigung auch dafür, dass

1813 bis 1815 In den Befreiungskriegen besiegt Preußen an der Seite Russlands und Österreichs Napoleon in der Völkerschlacht bei Leipzig und, gemeinsam mit England, in der Schlacht bei Waterloo.

1815 Preußen erhält im Wiener Kongress unter anderem das Ruhrgebiet und wird Mitglied des Deutschen Bundes, der aus 39 Staaten besteht. Russland, Preußen und Österreich bilden die „Heilige Allianz“.

1819 Die Karlsbader Beschlüsse des Deutschen Bundes sehen ein Verbot von Burschenschaften, die Entlassung „revolutionär“ gesinnter Lehrkräfte und die Überwachung der Universitäten vor. In Preußen beginnt die Restauration.

1834 Der Deutsche Zollverein wird gegründet. Im Beitrittsgebiet entfallen die Zollschranken.

1837 Preußen wandelt sich durch die industrielle Revolution: August Borsig gründet in Berlin eine Eisengießerei und eine Maschinenbauanstalt.

1838 Zwischen Berlin und Potsdam geht die erste Eisenbahnlinie Preußens in Betrieb.

1839 Fabrikarbeit für Kinder unter neun Jahren wird verboten. Der Naturforscher Alexander von Humboldt veröffentlicht den letzten Band über seine Forschungsreise nach Lateinamerika.

1840 bis 1861 Friedrich Wilhelm IV., der „Romantiker auf dem Thron“, ist anfangs die Hoffnung der liberal und national Gesinnten, die er aber enttäuscht. Seit 1857 ist er aus gesundheitlichen Gründen regierungsunfähig.

1848 Revolution in Berlin: über 400 Tote. Friedrich Wilhelm IV. zieht Truppen aus der Stadt ab und macht vage Zugeständnisse. Er bewilligt eine verfassunggebende Nationalversammlung, die Ende des Jahres auf sein Geheiß wieder aufgelöst wird.

1849 Die gesamtdeutsche Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche wählt Friedrich Wilhelm IV. zum „Kaiser der Deutschen“. Der König lehnt die Krone jedoch ab.

1850 Die von Friedrich Wilhelm IV. oktroyierte preußische Verfassung sieht ein Parlament mit zwei Kammern und ein Dreiklassenwahlrecht vor.



Erste Lokomotive der Königlich Preussischen Eisengießerei in Berlin 1816

die Junker nicht mehr über die Landleute als kostenlose Arbeitskraft verfügen können.

1812 Durch das Emanzipationsedikt werden 30 000 Juden preussische Staatsbürger, Beamte oder Offiziere können sie jedoch erst nach dem Übertritt zu einer christlichen Kirche werden.



sit die größte Niederlage in der preußischen Geschichte. Friedrich Wilhelm verlor rund die Hälfte seiner Einwohner und seines Landes. Zudem musste der vom Krieg zerstörte, beinahe bankrotte Rumpfstaat gigantische Zahlungen an Frankreich leisten und die Besatzungskosten übernehmen. Nicht einmal eine Generation nach dem Tod Friedrichs des Großen (1712 bis 1786), der Preußen zur europäischen Großmacht geformt hatte, schien das Königreich am Ende.

Umso erstaunlicher, dass schon wenige Tage nach Tilsit eine ruhmreiche, vielleicht sogar die größte Zeit in der preußischen Geschichte begann. Denn die katastrophale Niederlage machte den Weg frei für eine kleine Gruppe von Staatsdienern, die in den folgenden Jahren ein Feuerwerk an Reformen zündeten und Preußen mit einer Revolution von oben an die Spitze der Moderne in Deutschland katapultierten.

Es waren einige Dutzend Männer um die Minister Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein und Karl August Freiherr von Hardenberg, die Militärs Gerhard von Scharnhorst und August Wilhelm Neidhardt Gneisenau oder den Gelehrten Wilhelm von Humboldt. Sie glaubten an die Veredelung des Menschen und wollten Preußen von Grund auf verändern.

Die Reformer zertrümmerten in nicht einmal einem Jahrzehnt die Fundamente der über Jahrhunderte gewachsenen ständischen Gesellschaft. Bauern und Gesinde erhielten das Recht zu leben, wo sie wollten, zu heiraten, wen sie wollten, den Beruf zu ergreifen, den sie wollten. Für Millionen Menschen in Preußen ging das Mittelalter erst jetzt wirklich zu Ende.

Manches, was heute zur Grundausstattung moderner Staaten zählt, wurde damals eingeführt: die

kommunale Selbstverwaltung, die Gewerbefreiheit, die Wehrpflicht, die Einkommensteuer (wenn auch nur vorübergehend und mit einem Spitzensatz von fünf Prozent). Auf einmal durfte jeder Rittergüter kaufen und verkaufen (vorher nur der Adel), Unternehmer werden (vorher nur Bürgerliche), ein Handwerk ausüben (vorher nur das Zunftmitglied).

Es war nichts weniger als der „Übergang zur modernen Marktgesellschaft“ (Historiker Thomas Nipperdey), den die Preußischen Reformen ermöglichten. Ein Arbeitsmarkt entstand, der freie Wettbewerb setzte sich durch, Fabrikbesitzer investierten, um Gewinne zu erwirtschaften, mit weitreichenden Folgen. Ohne Bauernbefreiung und Gewerbefreiheit wäre Preußen und damit Deutschland vermutlich nie ein Industriestaat geworden.

Und dann die große Überraschung: Ausgerechnet der „Militärstaat“ (Friedrich der Große) im Nordosten Europas marschierte nach 1807 an der Spitze des zivilen Fortschritts. Die Reformer entrümpelten das Recht und schafften Anachronismen wie das Spießrutenlaufen für Soldaten ab, was die Zeitgenossen „Freiheit des Rückens“ nannten. Endlich wurden jüdische Deutsche ihren christlichen Nachbarn zumindest weitgehend gleichgestellt, was es in Deutschland sonst nur im Königreich Westphalen gab.

Preußen, das Dorado ungebildeter Krautjunker, stieg sogar zum Hort der Dichter und Denker auf. Unter dem Abteilungsleiter Wilhelm von Humboldt entstand ein Bildungswesen, das Weltruf erlangte.

Kein Wunder, dass die preußischen Reformen zu den wohl am besten erforschten Abschnitten unserer Geschichte zählen.

Das Urteil hat sich dabei mehrfach gedreht. In Zeiten deutsch-französischer Feindschaft, also vor

TRIUMPHMARSCH
Der Einzug Napoleons in Berlin am 27. Oktober 1806 symbolisierte den Zusammenbruch Preußens. Die Bürger der preußischen Hauptstadt bereiteten dem Eroberer einen freundlichen Empfang. Viele Berliner gönnten den eigenen, arroganten Militärs die demütigende Niederlage und bewunderten den Imperator. Nur wenige preußische Beamte verweigerten denn auch dem Franzosen den Loyalitätseid. Erst unter dem Eindruck der horrenden Besatzungskosten kippte die Stimmung.
Gemälde von Charles Meynier, 1810.

BLANC KUNSTVERLAG / BLANC KUNSTVERLAG / SUDEUTSCHER VERLAG (R.O.); ARG / ULLSTEIN BILD (L.O.); ARG / ULLSTEIN BILD (L.O.); SUDEUTSCHER VERLAG (R.O.)



SPIESSRUTENLAUFEN
Nur wenige Delinquenten überlebten die Strafe für Fahnenflucht, Trunkenheit oder Glücksspiel: Bis zu 300 Soldaten bildeten eine Gasse, vor dem Verurteilten schritt ein Offizier, der das Tempo der Schläge bestimmte. In Preußen wurde das Speißrutenlaufen 1807, in Österreich erst in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts abgeschafft.

Kupferstich von Daniel Chodowiecki, 1774.

Sie stammten häufig aus dem innerdeutschen Ausland, aus Nassau (Stein), Hannover (Scharnhorst), Sachsen (Gneisenau). Hohe Gehälter – ein Minister zählte in Preußen zu den Top-Verdienern – und der Ruhm der preußischen Verwaltung aus der Zeit Friedrichs des Großen zogen talentierte Akademiker an. Für die überkommenen Zustände hatten die Wahlpreußen wenig übrig.

Sie beobachteten vielmehr das französische Experiment von „Liberté, Egalité, Fraternité“ oder orientierten sich an Adam Smith, dessen Lehre damals an den Universitäten großen Zulauf fand. Der schottische Ökonom plädierte für ein neues Wirtschaftssystem, basierend auf Privateigentum, Wettbewerb, Freihandel: die freie Marktwirtschaft. Smith zufolge kam den Beamten die Aufgabe zu, dem Markt Spielregeln zu setzen, was auch bedeutete, Motor der Modernisierung zu sein.

Die auffälligsten Begabungen aus der jüngeren Generation waren Freiherr vom Stein und Freiherr (ab 1814 Fürst) von Hardenberg. Der 1757 geborene, sieben Jahre jüngere Stein erwarb sich einen Ruf als Erneuerer, indem er die auf preußischem Territorium liegenden westfälischen Kohlebergwerke auf Vordermann brachte. 1804 stieg er zum Minister für Zoll-, Fabrik- und Handelswesen auf. Hardenberg wiederum gliederte in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts mit Bravour die an Preußen gefallen fränkischen Fürstentümer ein, 1804 berief ihn der König zum Außenminister.

Viel ist über die politischen Unterschiede zwischen den Namensgebern der Stein-Hardenbergschen Reformen geschrieben worden. So wird darauf verwiesen, dass Stein deutlich konservativer war, voller Stolz auf seine Herkunft als Reichsritter, der nur dem Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation untertan war – auch wenn das Territorium derer vom Stein lediglich die Dörfer Fröcht und Schweighausen umfasste, und das Heilige Römische Reich 1806 unterging.

Der „Frankreichshasser“ Stein (Biograf Heinz Duchhardt) blieb bei allem Liberalismus zeitlebens stärker der ständischen Welt verhaftet als der auto-

ritäre Fiskalist Hardenberg, der den unmittelbaren Zugriff einer gestrafften, zentralisierten Verwaltung auf die Bürger durchsetzen wollte.

Das stimmt alles, und doch trennte die Männer vor allem etwas ganz Persönliches: die Frauen. Der ehrpusselige, schroffe Stein verachtete die Lebensweise des weltläufigen Kavaliers und Lebemanns Hardenberg, der als junger Mann ausgerechnet Steins Schwester Luise den Hof gemacht hatte („eine Brünette mit schönen dunklen Augen ... ich liebe sie unbeschreiblich“).

Stein warf dem dreifach verheirateten Kollegen die Scheidungen und die zahlreichen Affären mit „nichtswürdigen Weibern“ vor. Hardenberg sei ein „seichter, leerer Windbeutel“.

Immerhin waren beide professionell genug, sich bei Hofe zu verbünden, zunächst freilich ohne Erfolg. König Friedrich Wilhelm III. sah zwar durchaus Reformbedarf, vermochte sich aber zumeist gegen eine mauernde Bürokratie und aufmüpfige Junker nicht durchzusetzen. Seine liebste Zeit sei die Bedenkzeit, spottete einer seiner Berater bei Hofe.

Erst nach der vernichtenden Niederlage gegen Napoleon in Thüringen im Oktober 1806 hatten die Reformer den nötigen Rückhalt, denn selbst Ewiggestrige leugneten nun nicht mehr, dass sich etwas ändern musste, wenn Preußen wieder Großmacht werden sollte.

Der Korse hatte die Armee – den Stolz des Hohenzollernstaates – regelrecht gedemütigt. In Auerstedt gingen 50000 preußische Soldaten vor gerade einmal halb so vielen Franzosen in die Knie. Während Friedrich Wilhelm und der Hof daraufhin nach Ostpreußen flüchteten, fielen zahlreiche preußische Festungen kampflos. Dass die meisten preußischen Beamten dem Eroberer einen Loyalitätseid schworen, passte in das Bild eines morschen Staatswesens.

Die gigantischen Kontributionsforderungen Napoleons verstärkten den Reformdruck noch. Preußens Wirtschaft lag darnieder, eine Hungersnot drohte. Der melancholische Friedrich Wilhelm dachte sogar an Rücktritt.

Minister Hardenberg fiel es deshalb nicht allzu schwer, den Monarchen im Juli 1807 zu überreden, Reformer Stein zum leitenden Minister zu ernennen.

Die Flucht des Geldes

Nach der Niederlage bei Jena und Auerstedt ließ Friedrich Wilhelm III. den Staatsschatz in Fässer verpacken und aus Berlin nach Königsberg bringen. Die etwa 3,5 Millionen Taler sowie diverse Schmuckstücke wurden dort auf vier Schiffe verladen. Diese stachen am 22. Dezember 1806 in See. Ein Sturm trennte jedoch den Konvoi, nur zwei Boote schafften es bis nach Dänemark. Die anderen gingen, teilweise beschädigt, in Danzig vor Anker. Erst im Mai konnte der König wieder über sein Geld verfügen: Die Schiffe liefen in Memel ein und bildeten in den folgenden Monaten eine Art mobile Staatskasse.

nen. In der berühmten „Rigaer Denkschrift“ empfahl Hardenberg seinem Herrscher zudem ein Crash-Programm. Das Land brauche eine „Revolution im guten Sinn“, andernfalls drohe der Untergang.

Hardenberg übernahm nicht selbst die Reformarbeit, sondern zog sich zunächst ins Privatleben zurück, weil Napoleon gegen seine Verwendung ein Veto eingelegt hatte. Aber der Freiherr sorgte dafür, dass Leute seiner Seilschaft Schlüsselpositionen in den beiden Reformkommissionen besetzten, die der König einberief. Die eine kümmerte sich um die Armee, die andere um den Umbau von Staat und Wirtschaft.

Als Stein Anfang Oktober das Amt antrat, fand er bereits mehrere Papiere zur Befreiung der Bauern vor.

Dass man mit den Landleuten begann, lag auf der Hand. Die Bauern stellten die Soldaten, und die Landwirtschaft erwirtschaftete den Löwenanteil des Bruttosozialprodukts. So zögerte Stein denn auch nicht lange, modifizierte einen der vorliegenden Entwürfe, besprach ihn mit dem König und unterzeichnete am 9. Oktober das wohl wichtigste Gesetz der preußischen Geschichte: das „Edikt, den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums so wie die persönlichen Verhältnisse der Land-Bewohner betreffend“.

Die zwölf Paragraphen wirkten wie ein „Donnerschlag“ (Historiker Hans-Ulrich Wehler), denn sie beendeten eine jahrhundertalte Tradition: die Erbuntertänigkeit der Menschen auf dem Lande. „Nach dem Martini-Tage 1810 giebt es nur freie Leute“ – dieser Satz in Paragraph zwölf ließ Millionen Preußen die jure zu freien Menschen werden. Bauern, Knechte und Mägde durften nach Belieben wegziehen und heiraten, schon bald stieg die Geburtenrate drastisch an. Ihre Kinder mussten nicht mehr für nahezu lau als Gesinde für die Herrschaften Ställe säubern, Wäsche waschen oder Geschirr spülen.

Die größten Hoffnungen hingen an diesem Satz: dass Preußens Bauern nun so patriotisch kämpften wie die französischen Landleute, dass preussische Bauernhöfe ähnlich effizient wirtschafteten wie britische Gehöfte, dass die Steuern sprudelten.

Auch andere Schranken fielen mit dem Oktoberedikt: „Jeder Edelmann ist, ohne allen Nachtheil seines Standes, befugt bürgerliche Gewerbe zu treiben, und jeder Bürger oder Bauer ist berechtigt, aus dem Bauer- in den Bürger- und aus dem Bürger- in den Bauerstand zu treten.“

Das war die Freiheit der Berufswahl; und damit in einer Agrargesellschaft der Wechsel überhaupt möglich war, durften sich alle Parteien ab sofort gegenseitig das Land verkaufen. Der Boden solle zum besten Wirt, lautete die Devise frei nach Adam Smith. Der freie Güterverkehr begann.

Wie zu erwarten, liefen die Rittergutsbesitzer Sturm gegen den neuen Geist des Kapitalismus, der ihnen ihre Privilegien nahm. Sie deckten den Königshof mit Protesten und Änderungswünschen ein. In Schlesien versuchten Gutsherren sogar, das neue Dokument geheim zu halten und fachten damit einen Aufstand der Bauern an. „Lieber noch drei Auerstedts als ein Oktoberedikt“, schimpfte ein Freiherr von der Recke.

Die Gutsherren verlangten von den Bauern eine Entschädigung dafür, dass sie auf deren kostenlose Arbeitskraft künftig verzichten sollten. Und sie forderten eine Kompensation von den Landleuten für die Preisgabe angeblicher gutsherrlicher Rechte am Bauernland – obwohl umstritten war, wem der Boden letztlich gehörte, den die Bauern bewirtschafteten.

„Der Adel im Preussischen ist der Nation lästig, weil er zahlreich, größtenteils arm und anspruchsvoll auf Gehälter, Ämter, Privilegien und Vorzüge jeder Art ist“, klagte Stein über seine Standesgenossen.

Den Hindenburgs, Bredows und Moltkes kam zu statt, dass die preussische Krone ein Jahrzehnt zuvor das vielgerühmte Preussische Allgemeine Landrecht verabschiedet hatte, das Eigentum ausdrücklich garantierte. Diese Bestimmung gilt heute als Voraussetzung für den Weg in die Industriegesellschaft. Aber in der Reformära behinderte sie den Fortschritt, denn die Reformgegner konnten sich darauf berufen.

Bei ihrer Lobbyarbeit gingen die Junker erstaunlich modern vor. Sie lancierten Artikel in der Presse, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, und trafen sich in manchen Gegenden alle zwei Wochen in „Kreiskränzchen“ mit fester Tagesordnung; da wurden dann die Gesetzesinitiativen der Regierung besprochen und Forderungen formuliert.

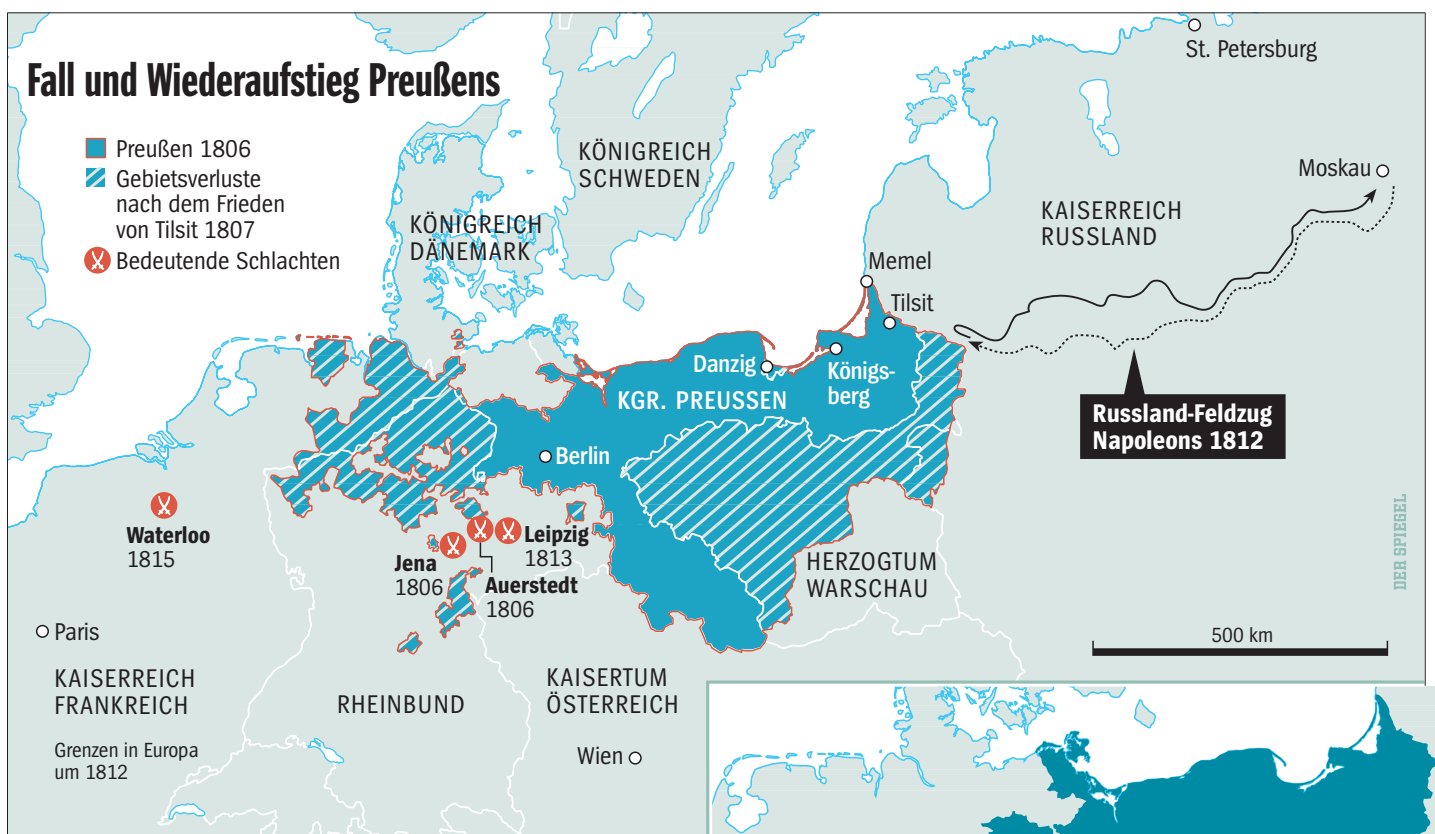
Die finanziellen Ansprüche Napoleons an Preußen gaben der Opposition die schärfste Waffe an die Hand. Denn die Regierung benötigte die Zustim-

GUTSHERRENART

Das Prügeln von „faulem, unordentlichem und widerpenstigem Gesinde“ war den Gutsherren ausdrücklich erlaubt. Es zählt zu den Schwächen der Preussischen Reformen, dass sie dieses mittelalterliche Relikt nicht abschafften.

Kupferstich von Daniel Chodowiecki, um 1780.





mung der Stände, um durch Steuern und Verpfändungen von Krongut das Geld für die Franzosen aufzutreiben. Und die Gutsbesitzer ließen sich ihr Votum mit für sie überaus günstigen Entschädigungsregelungen teuer bezahlen.

Staatliche Generalkommissionen in den einzelnen Provinzen besichtigten die Güter und legten fest, was die Bauern für ihre Freiheit im Einzelfall zu leisten hatten. Und da diese in der Regel nicht über Ersparnisse verfügten, mussten sie Land abgeben – oft die Hälfte ihres Bodens – oder sich hoch verschulden. Die sogenannte Regulierung zog sich das ganze 19. Jahrhundert hin. Einige Bauerngruppen wurden von den Reformern sogar wieder ausgenommen und schufteten noch Jahrzehnte nach dem Oktoberedikt für lau auf den Gütern der Junker.

Die Reformen haben nie versucht, die Landbevölkerung zu mobilisieren – das lag außerhalb ihrer Vorstellungswelt, schließlich sollten die Reformen einer Revolution vorbeugen und diese nicht anfechten. Manch ein Reformers profitierte zudem persönlich von der Entschädigungsregelung.

Von sich aus rebellierten die Landleute nur in wenigen Orten, um ihre Interessen durchzusetzen. Der Historiker Bernd von Münchow-Pohl sieht eine „an Apathie grenzende Passivität“, die sich deutlich vom Furor der französischen Bauern 1789 unterschied.

Da die meisten Preußen der Reformära Analphabeten waren und keine Aufzeichnungen hinterließen, sind die Gründe für diese Passivität nicht bekannt. Mochten sie für die Reformen nicht zu Felde ziehen, weil sich zunächst an den tatsächlichen Verhältnissen nicht viel änderte? Einige Monate nach der Reform notierte der kurmärkische Präsident Ludwig Freiherr von Vincke: „Überall Elend, Kummer und Verzweiflung.“

Am Ende bezahlten die Bauern für ihre Freiheit mit Land und Geld im heutigen Wert von rund 300 Millionen Euro. Knapp fünf Millionen Hektar

Land, eine Fläche von der Größe Niedersachsens, strichen die Großgrundbesitzer ein – und sicherten damit ihre Vormachtstellung bis ins 20. Jahrhundert.

Rund hunderttausend Bauern hingegen verloren alles. Aus der Schicht der Landlosen rekrutierte sich später jenes Heer von Arbeitern, das die industrielle Revolution erst ermöglichte – eine der nicht intendierten Folgen der Reform, denn weder Stein noch Hardenberg konnten 1807 wissen, dass sich die Welt so verändern würde.

Am Beispiel der preussischen Reformen weisen Sozialwissenschaftler wie der Historiker Wehler auf die Dialektik von Modernisierungsprozessen hin, deren Schattenseiten „Machtausnutzung, die Ausbeutung der Schwächeren, das Abwälzen von Lasten“ sind.

Und dennoch zählten auch preussische Landleute zu den Gewinnern des Oktober-Edikts. Von den Fesseln der Ständegesellschaft befreit, produzierten sie auf dem ihnen verbliebenen Land deutlich mehr als zuvor. Ein „neuer Geist“ sei in die Bauern gefahren, notierte 1814 ein preussischer Beamter. Schon nach wenigen Jahren war die Landschaft Ostelbiens vielerorts kaum wiederzuerkennen. Statt steiniger, mit Dornensträuchern bedeckter Böden propere Felder mit Kartoffeln, Klee oder Zuckerrüben – Grundlage einer intensiven Landwirtschaft. Die Nutzfläche stieg um 60 Prozent, die Produktion um 40 Prozent.

Was heute wie eine Marginalie der Geschichte anmutet, rettete vermutlich Zigtausenden Menschen

„Die Ideen, welche in England und Frankreich durch Blut entwickelt waren, sollten hier mit der Glorie der Vernunft durchgeführt werden.“

REFORMER THEODOR VON SCHÖN 1842



BILDUNGSTEMPEL

„Welch ein herrliches Gebäude! Es muss eine Lust sein, da zu lesen!“ So soll der Theologieprofessor Wilhelm de Wette gejubelt haben, als er erfuhr, dass Friedrich Wilhelm III. die neue Berliner Universität im Prinz-Heinrich-Palais unterbringen würde.

Kolorierte Kreidelithografie, um 1840.

Emanzipation

Mit dem „Judenedikt“ setzte Staatskanzler Hardenberg 1812 eine weitgehende Gleichberechtigung der jüdischen Preußen durch. Er schuf die ihnen auferlegten Sondersteuern ab, sie durften Land erwerben, Beruf und Wohnort frei wählen. Allerdings blieb ihnen der Staatsdienst verschlossen. Damit hatten die Juden in Preußen einen schlechteren Status als ihre Glaubensbrüder in Frankreich, aber einen besseren als in fast allen anderen deutschen Ländern.

das Leben. Denn im 19. Jahrhundert explodierte die Bevölkerungszahl in ganz Europa, auch in Preußen. Die zehn Millionen Untertanen der Hohenzollern um 1815 haben sich in 50 Jahren ungefähr verdoppelt. Hungersnöte wie in Irland blieben unseren Vorfahren jedoch fast ausnahmslos erspart – dem Oktoberedikt sei Dank.

Verfasst worden war das bahnbrechende Dokument in Memel und nicht in Preußens Hauptstadt Berlin. Napoleon hatte nämlich trotz des Friedens von Tilsit 150 000 Soldaten im Lande gelassen, um Kontributionen einzutreiben; sie zogen erst 1808 ab. Nur das Memelland und Teile Ostpreußens blieben unbesetzt. Zunächst in Memel, dann in Königsberg residierte bis Ende 1809 der Hof und mit ihm Stein, Scharnhorst und die anderen Reformer.

Eine bunte Truppe fand sich am Pregel zusammen, Grafen und Fürsten, aber auch ehemalige Hauslehrer, Ärzte, Apotheker und ein Bauernsohn. Viele hatten ihre Familien gar nicht erst in den Nordosten des Königreichs mitgebracht. Die Männer lebten in beschlagnahmten Wohnungen und Häusern.

Die wichtigsten Reformer – Stein, die Offiziere Scharnhorst, Gneisenau, die Agrarexperten Schön, Georg Heinrich Nicolovius und der Bildungsfachmann Johann Wilhelm Süvern – besprachen sich einmal in der Woche. Protokolle wurden leider nicht geführt, auch daher entstand der Eindruck, als versammelte sich eine Gruppe mit klarem Programm.

Inzwischen weiß man: Es gab Gemäßigte und Radikale, Anti- und Philosemiten, Konservative und Liberale, Protektionisten und Freihandelsanhänger, Lobbyisten der Gutsbesitzer und Bauernfreunde (davon allerdings nur wenige).

Die Menschen dachten damals noch nicht entlang politischer Grundsatze positionen, sondern orientierten sich von Fall zu Fall. Kaum einer der Reformer begrüßte alle geplanten Maßnahmen. Der Finanzexperte Barthold Georg Niebuhr lehnte die allgemeine Wehrpflicht ab, die zu den Kernpunkten der Reform gehörte. Stein wiederum wollte die Prügel-

strafe für Soldaten beibehalten, sein Mitarbeiter Vincke die Zünfte bewahren. Manche Projekte sind weniger am Widerstand bornierter Junker, sondern an Streitereien und Intrigen der Reformer untereinander gescheitert.

Natürlich ging es bei den Kabalen immer auch um den Ruhm vor der Nachwelt, der lange Zeit vor allem Stein zufiel. „Ich bin weit entfernt, (Herrn vom Stein) irgendein Verdienst streitig zu machen, nur ist billig, dass ihm nicht, wie fast allgemein geschieht, zugeschrieben werde, was mir gebührt“, beklagte sich später Hardenberg – zu Recht.

Denn Steins Engagement im engeren Sinne sind nur zwei Veränderungen zuzuschreiben: Er beendete das chaotische Regierungssystem mit einer Vielzahl von Behörden, die neben- und gegeneinander agierten, mit einem König an der Spitze, der sich eine Beraterrunde (das Kabinett) hielt, deren Mitglieder stets mitredeten, aber selten für etwas verantwortlich waren. Stein etablierte stattdessen ordentliche Ressorts mit verantwortlichen Ministern an der Spitze. Diese Regierungsform hat sich bis in die Gegenwart gehalten.

Und dann die vielgerühmte Städteordnung, eine Art Magna Charta der deutschen Kommunalpolitik. Der Regierungschef erhoffte sich von dem Gesetzeswerk eine „Belebung des Gemeingeistes und Bürgersinns“. Mit Beteiligung an der lokalen Politik wollte er das Bürgertum für das preußische Staatswesen mobilisieren. Die Bürger sollten ihre Stadtverordneten und ihren Magistrat wählen. Die Städte erhielten die kommunale Selbstverwaltung, durften über Steuern und Ausgaben entscheiden.

Der von Stein erhoffte Effekt blieb allerdings aus. Für Breslau, Stettin oder Potsdam bedeutete die Reform nämlich in erster Linie höhere Kosten, weil die Kommunen die „Policey“ übernahmen; so bezeichnete man zusammenfassend das Schul-, Armen- und Gesundheitswesen, die Gewerbeaufsicht, die Instandhaltung von Straßen und öffentlichen Bauten. In Ostpreußen erklärten gleich mehrere Städte, sie

würden auf die teure Freiheit lieber verzichten. Und da nur ein Bruchteil der Stadtbewohner ausreichend Einkommen bezog, um das Bürgerrecht zu erwerben, blieben die Chancen der Steinschen Städteordnung ungenutzt. Zu einer Liberalisierung des preußischen Bürgertums kam es erst Jahrzehnte später, unter anderen Umständen.

Vielleicht hätte Stein manches noch korrigiert, wenn er länger in preußischen Diensten geblieben wäre. Doch als der König die Städteordnung am 19. November 1808 unterzeichnete, stand der Freiherr bereits vor der Entlassung.

Gut ein Jahr nach dem Frieden von Tilsit war Europa nämlich nicht wieder zur Ruhe gekommen. Seit das Volk in Spanien gegen die französischen Besatzer rebellierte und zugleich Österreich – die andere deutsche Großmacht – zum Krieg gegen Napoleon rüstete, sahen viele am preußischen Hofe die Gelegenheit gekommen, das „Ungeheuer“ (Stein über Napoleon) abzuschütteln, auch Stein.

Unter den Militärs, die, geleitet von Scharnhorst, dem Chef des Generalstabes und Vorsitzenden der Militär-Reorganisationskommission, die Armee reformierten, kursierte der kühne Plan eines Volkskrieges. Für preußische Offiziere (fast alles Adelige), die sonst Zivilisten (fast alles Bauern) nur verachteten, war das ein geradezu revolutionärer Vorstoß. Doch der König scheute das Risiko, und nachdem die Franzosen einen Brief Steins abfingen, aus dem entsprechende Überlegungen hervorgingen, musste der Minister gehen. Stein verließ Preußen und heuerte später beim russischen Zaren an.

Der Sturz des prominenten Regierungschefs und die Ernennung eher farbloser Nachfolger ließ viele Reformgegner hoffen, dass der wankelmütige König den Kurs wechseln würde. „Ein unsinniger Kopf ist schon zertreten, das andere Natterngeschmeiß wird sich in seinem Gift selbst auflösen“, jubelte bereits Hans David Ludwig York, einer der Führer der Opposition, der später als Graf Yorck von Wartenburg zu einem führenden General Preußens aufstieg. Doch nur wenige Monate nach Steins Flucht traf in Königsberg der wohl weltweit berühmteste unter den preußischen Reformern ein: Wilhelm von Humboldt. Und auch wenn die Historiker inzwischen herausgefunden haben, dass der überaus liberale Humboldt nur einer von mehreren war, denen das Verdienst für die Bildungsreform gebührt, so verbindet sich mit seinem Namen die großartige Erfolgsgeschichte.

Stein hatte den Außenseiter noch vor seinem Sturz als „Geheimen Staatsrat und Direktor der Sektion für Kultus und Unterricht“ vorgeschlagen, denn Bildung war nach Ansicht der Reformen ideelle Voraussetzung aller Veränderungen. Man wollte nichts weniger als den neuen Menschen, der mit der Freiheit zum Wohle des Staates umzugehen wusste.

Vermutlich war Stein auf den 41-jährigen Juristen aufmerksam geworden, weil einer seiner Mitarbeiter Wilhelm und dessen Bruder Alexander, dem berühmten Naturforscher, in deren Kindheit einst Privatunterricht erteilt hatte.

Es zählt zu den Treppenwitzern der Geschichte, dass mit Humboldt ausgerechnet ein Mann, der selber nie eine Schule besucht hat und aus ideologischen Gründen ursprünglich den Eingriff des Staates in die Bildungspolitik als Übel ansah, zum Vater des staatlichen Bildungswesens wurde.

Der charmante Spross einer Berliner Aristokratenfamilie zierte sich lange, ehe er die Aufgabe annahm. Humboldt, Freund von Geistesgrößen wie Schiller und Goethe, bevorzugte das Gelehrtentum. Offiziell residierte er als preußischer Vertreter beim Päpstlichen Stuhl in Rom, de facto studierte der Altertumsliebhaber in der ewigen Stadt die Antike.

Am Ende mochte er sich dem aufwallenden Patriotismus dann doch nicht verschließen. „Wir gehören einmal zu dem Lande, unsere Kinder auch, ganz müßig kann man dafür nicht bleiben“, schrieb er an Ehefrau Caroline. Im April 1809 rollte Humboldts Kutsche in Königsberg ein.

Humboldt hatte einen guten Start, das Königspaar zeigte sich dem Ankömmling gewogen. Und in der neugegründeten Bildungsabteilung standen ihm erstklassige Mitarbeiter wie der langjährige Schuldirektor Süvern zur Seite. Die brauchte Humboldt, denn vor ihm lag eine Herkules-Aufgabe. In Preußen gab es weder einheitliche Lehrpläne noch verbindliche Qualitätsstandards oder eine geordnete Ausbildung der Lehrer. Beinahe jeder durfte Schulen gründen, sich Unterrichtsstoff ausdenken und Pauker einstellen.

Das Ergebnis: In Volksschulen kamen bis zu hundert Kinder auf einen Lehrer; häufig standen Schneider oder andere Handwerker vor der Tafel, um sich durch den Unterricht etwas dazu zu verdienen. Wenn sie rechnen konnten, galt das als etwas Besonderes.

Die beiden Universitäten Preußens in Königsberg und Frankfurt (Oder) – die anderen Hochschulstädte hatte man im Frieden von Tilsit abtreten müssen – waren ebenfalls in beklagenswertem Zustand.

Das Leitbild der Humboldt-Truppe stammte aus dem antiken Griechenland; der dort über 2000 Jahre zuvor herrschende Geist war ihnen das „Ideal desselben, was wir selbst sein und hervorbringen möchten“ (Humboldt). Die sogenannten Neuhumanisten sahen in Bildung den „wahren Zweck des Menschen“ (Humboldt), losgelöst von den Zwängen der Arbeitswelt, und damit ein Wert an sich; lebenslang und allumfassend sollte sie sein und dem Einzelnen zur Entfaltung seiner Kräfte verhelfen.

Das klingt heute geradezu poetisch, damals war ein solches Programm eine Kampfansage an die leistungsunabhängige Ständegesellschaft, in der „adelige Nichtsköner“ (Historiker Wehler) Schlüsselpositionen besetzten.

Humboldt forderte Elementarunterricht für alle, unabhängig vom Stand. Er schaffte die ständische Gliederung der Schulen ab und sorgte dafür, dass in der Regel die Hochschulen nur besuchen durfte, wer das Abitur bestanden hatte. Dutzende Schulen, die den Anforderungen nicht genügten, verloren das Abiturrecht. Und in der Tat zeigen die Statistiken, dass deutlich mehr Jungen aus dem Kleinbürgertum die Reifeprüfung ablegten. Die hohen Ansprüche bildeten allerdings zugleich eine Barriere, die bildungsfernen Schichten den Aufstieg verstellte.

Es sind gigantische Reformpläne, die Humboldt und seine Leute in wenigen Monaten entwickelten, denn sie wollten ein neues Unterrichtsideal durchsetzen: „Lernen lernen“ statt stumpfem Pauken. Humboldt trommelte daher für das humanistische Gymnasium. So wurde dieses zur dominierenden höheren Bildungsanstalt der Deutschen.



BILDUNGSNOTSTAND

Humboldts bedeutendster Mitarbeiter war Johann Wilhelm Süvern (1775 bis 1829). Er versuchte auch nach Humboldts Demission 1810, die Reform der Volksschulen voranzutreiben, allerdings mit mäßigem Erfolg. 1816 besuchten von den 2,2 Millionen schulpflichtigen Kindern in Preußen 60 Prozent eine Schule. In der Provinz Posen waren es sogar nur ein Fünftel. Vor allem auf dem Land kamen die Kinder der Schulpflicht nur im Winter nach – wenn sie für die Feldarbeit nicht gebraucht wurden. Erst in den 1880er Jahren besuchten faktisch alle Kinder eine Schule.

Radierung von Johann Michael Voltz, 1823.



MONARCH

Friedrich Wilhelm III. (1770 bis 1840) zweifelte immer wieder, ob er als König geeignet sei. Mehrfach dachte er an Rücktritt. Als er vor Napoleon nach Memel flüchtete, spotteten die Berliner „Unser Dämel sitzt in Memel“. Viele Untertanen schätzten allerdings auch die schlichte Bescheidenheit des Hohenzollern. Ölgemälde von Franz Krüger, 1836.

„Es ist der letzte, entscheidende Kampf, den wir bestehen ... Keinen anderen Ausweg gibt es, als einen ehrenvollen Frieden, oder einen ruhmvollen Untergang.“

AUFRUF FRIEDRICH WILHELMS III. „AN MEIN VOLK!“ 1813

Auch sonst sollte alles geändert werden, und vieles wurde Wirklichkeit. Die Reformer führten das Schuljahr ein: „Die gelehrten Schulen müssen niemals Kinder annehmen als beim Anfang eines neuen Lehrsemesters.“

Der Staat garantierte fortan die Qualität des Bildungswesens: Lehrer mussten staatliche Prüfungen bestehen, bevor sie am Gymnasium unterrichten durften; der Lehrplan wurde landesweit einheitlich vorgegeben; Schulabgänger hatten – zumindest in der Theorie – gleichen Kenntnisstand. Dass Preußen im ausgehenden 19. Jahrhundert einen Spitzenplatz bei der Alphabetisierung einnahm, liegt maßgeblich an Humboldts Reformen.

Freilich wäre alles noch schneller gegangen, wenn Humboldt und Süvern zudem die Volksschule reformiert hätten. Doch Friedrich Wilhelm meinte, dass Kinder „der arbeitsamen Volksklasse“ nur entsprechend „ihren geringen und eingeschränkten Verhältnissen schreiben und rechnen“ können sollten. Und so blieb auf dem Lande, wo die meisten Menschen lebten, zunächst noch vieles beim Alten: überfüllte Klassen, schlecht ausgebildete Lehrer, Rohrstockpädagogik.

Wissenschaftler, die den Übergang von traditionellen zu modernen Gesellschaften untersuchen, halten die Verbreitung von Elementarbildung für ein Merkmal von Modernisierung. An Humboldts Reformen wird freilich die Ambivalenz des Modernisierungsprozesses deutlich.

Indem der Staat das Bildungsniveau garantierte, bekam er zugleich die Möglichkeit, Untertanen von Kindesbeinen an zu disziplinieren, per Lehrplan, Schulaufsicht und Pädagogenausbildung. Schon 1810 verlangte Friedrich Wilhelm von Lehrern „patriotische Eigenschaften“. Von dort war der Weg zur nationalistischen Indoktrination nicht weit, wie sie in der zweiten Jahrhunderthälfte üblich wurde.

Die Krönung der Humboldtschen Reformen bildete die Gründung der Berliner Universität. Am 6. Oktober 1810 wurden die ersten sechs Studenten immatrikuliert: je einer in Medizin, Theologie, Pharmazie und drei in Jura. Die Professoren – Geistesgrößen wie Fichte (Gründungsrektor), Hegel (ab 1817), Schleiermacher (ab 1810) – verlangten von den Studiosi etwas ganz Neues: selbständiges Arbeiten.

Studenten und Lehrende sollten sogar gemeinsam die Forschung vorantreiben. Humboldt legte fest: „Darum ist auch der Universitätslehrer nicht mehr Lehrer, der Studierende nicht mehr Lernender, sondern dieser forscht selbst, und der Professor leitet seine Forschung und unterstützt ihn.“

Das Ideal der Einheit von Lehre und Forschung trat von der Spree aus seinen Siegeszug an.

Dass der immer noch klamme Staat die Gründung einer Universität bezahlte, zählt dabei zu den Wundern der Reformära.

Weder Stein noch seinen Nachfolgern war nämlich gelungen, wofür sie der König in erster Linie geholt hatte: die Finanzen zu sanieren. Mit immer neuen Steuern brachten sie vielmehr die Leute gegen sich auf.

In seiner Not ernannte Friedrich Wilhelm 1810 schließlich doch noch Hardenberg zum Staatskanzler, weil dieser ihm ein Ende der Schuldenwirtschaft versprach; Napoleon, der um die Kontributionen fürchtete, stimmte zu.

Friedrich Wilhelm vertraute damit die Staatskasse ausgerechnet seinem wohl am höchsten verschuldeten

Untertan an, denn Hardenberg stand damals vor der Pleite und hatte sich nicht zuletzt deshalb nach dem neuen Amt gedrängt. Dem König bot er an, auf sein Gehalt zu verzichten und versprach, sich stattdessen aus dem Staatshaushalt nur zu nehmen, was er benötigte. Der naive Friedrich Wilhelm stimmte zu, Hardenberg ließ sich das Dreifache der üblichen Bezüge auszahlen und sanierte seine Güter.

Hardenberg blieb zwölf Jahre im Amt, bis 1822; er war von allen Reformern ohne Zweifel der cleverste. Er baute sich einen eigenen Mitarbeiterstab auf, lancierte gezielt seine Leute in die Verwaltung und handelte dem Monarchen umfassende Vollmachten ab.

Die Minister hatten Hardenbergs Anordnungen selbst dann Folge zu leisten, wenn diese königlichen Verfügungen zuwiderliefen. Der Historiker Thomas Stamm-Kuhlmann hat Hardenberg sogar als „Ersatzkönig“ bezeichnet.

Insofern wäre zu erwarten gewesen, dass Hardenberg jetzt, vier Jahre nach der Niederlage bei Jena und Auerstedt, rasch jene Reformen durchsetzen würde, die noch ausstanden: etwa die Einführung der Wehrpflicht; eine Steuerreform, die nicht mehr zwischen Stadt und Land unterschied und überhaupt erst einmal alle Einwohner besteuerte; oder die politische Entmachtung des Adels auf dem Lande, damit dort die staatliche Verwaltung das Sagen hatte.

Doch der preußische Staat, bis heute Inbegriff omnipotenter Obrigkeit, erwies sich nach 1810 als zu schwach, um das gesamte Reformprogramm gegen den Widerstand der Stände durchzusetzen. Der Schock der Niederlage war verblasst; Hardenberg stieß sogar auf Widerstand im eigenen Apparat. So legte der Justizminister eine Kabinettsorder, die den Gutsherren das Recht nehmen sollte, auf ihren Ländereien Richter zu spielen, einfach zur Seite; später verschwand das Dokument ganz.

Immerhin etablierte Hardenberg 1810/11 die Gewerbefreiheit. Ob Siemens, Krupp oder Borsig – solche Konzerne von Weltrang hätten ohne diese Liberalisierung nicht entstehen können. Sie ermöglichte es jedermann, einen Gewerbeschein zu kaufen und ein Unternehmen zu gründen, nicht nur Zunftmitgliedern. Die Gewerbefreiheit ermöglichte den Aufstieg Preußen-Deutschlands zur Weltwirtschaftsmacht, und dass Preußen diesen Schritt deutlich vor anderen deutschen Staaten tat, sicherte dem Hohenzollernreich einen uneinholbaren Startvorteil auf dem Weg in die Industrialisierung.

Das Verdienst kann Hardenberg allerdings nur indirekt gutgeschrieben werden – die Gewerbefreiheit sollte seinen Plänen zufolge Knechten und Tagelöhnern, die von der Bauernbefreiung betroffen waren, eine Zukunftsperspektive auf dem Lande bieten. An Großindustrie hatte der Staatskanzler nicht gedacht.

Noch heute ist die Ansicht verbreitet, dass die preußischen Reformen zur nationalen Aufwallung der Deutschen gegen Napoleon maßgeblich beigetragen hätten. Der Sieg in den Befreiungskriegen ab 1813 wäre demnach eine Folge von Bauernbefreiung, Städteordnung und Gewerbefreiheit gewesen.

Die Quellen widersprechen dieser Version, denn die Reformen griffen nicht sofort. Die Wirtschaftslage blieb desaströs. „Die Herzen der Nation sind von der Regierung abgewandt worden“, notierte 1811 Militärreformer Gneisenau über die Stimmung der Preußen, „nicht mehr Gleichgültigkeit, sondern of-

fenbares Übelwollen ist es, was in der meisten Herzen und Mund ist.“

Als Napoleon seinen Krieg gegen Russland vorbereitete und von Preußen Unterstützung einforderte, blieb Friedrich Wilhelm auch deshalb lieber an der Seite des Korsen, als den Aufstand gegen die Franzosen zu wagen. Im Sommer 1812 marschierten preußische Hilfstruppen mit der Grande Armée in die Weiten Russlands.

Erst nachdem die französischen Soldaten bei ihrem Aufmarsch Richtung Osten das Terrain der verbündeten Preußen geplündert hatten, kippte die Stimmung. Der erbitterte Franzosenhass überdeckte nun die Unzufriedenheit mit dem eigenen Regime.

Mit dem Russlandfeldzug begann die kurze Schlussphase in der vielschichtigen Beziehung zwischen Napoleon und den preußischen Reformern. Sein Sieg bei Jena und Auerstedt hatte ihnen den Weg zur Macht geebnet, seine Finanzforderungen dann den Reformgegnern in die Hände gespielt. Nun verschaffte Napoleons Niederlage in Russland den Reformern einen letzten großen Auftritt auf der historischen Bühne.

Denn es war die Führung der von Scharnhorst umgestalteten Armee, die den ewig zaudernden Friedrich Wilhelm unter Druck setzte und dafür sorgte, dass er nach Napoleons Desaster in Moskau schließlich doch noch Anfang 1813 die Fronten wechselte. Preußen verbündete sich mit Österreich und Russland; hätte sich der Monarch geweigert, wäre er möglicherweise abgesetzt worden.

Am 9. Februar 1813 führte Friedrich Wilhelm „für die Dauer des Krieges“ die allgemeine Wehrpflicht ein, eine Schlüsselforderung der Reformen, weil sich nur auf diese Weise ausreichend Soldaten mobilisieren ließen, um gegen Napoleons Armee zu bestehen. Die Vision von der Nation in Waffen – ein „Griff ins Zeughaus der Revolution“ (Gneisenau) – war auf besonders heftigen Widerstand der Konservativen gestoßen. Alle Männer zwischen 17 und 24 Jahren mussten sich innerhalb von acht Tagen melden, sonst wurden sie geholt.

Zwei Monate später rief der Monarch sogar zum Landsturm auf, eine Art letztes Aufgebot für einen Partisanenkampf. „Jeder, der gegen die Wand pissen kann“, wie es Scharnhorst formulierte, sollte auf den Feind losgehen, mit „Piken, Heugabeln, Sensen“. Das entsprach der Volkskriegsidee, die Gneisenau seit Jahren propagiert hatte.

Am Ende beteiligte sich Preußen mit 280 000 Soldaten – überwiegend reguläre Einheiten – an den Befreiungskriegen, was zwölf Prozent der männlichen Bevölkerung entsprach, für damalige Verhältnisse ein gigantischer Wert. 1815 wurde der französische Kaiser endgültig besiegt und nach St. Helena verbannt.



Auf dem Wiener Friedenskongress erhielt Preußen zwar nicht alle Territorien zurück, die es in Tilzit verloren hatte, wurde aber für die Verluste durch Westfalen, das Rheinland und andere Gebiete entschädigt. Der nordostdeutsche Staat stieg wieder zur europäischen Großmacht auf.

Unter Historikern ist umstritten, wann die Reformära endete. Sicher ist, dass der große Schwung unwiederbringlich verloren ging, als es mit der napoleonischen Herausforderung vorbei war.

Preußen schloss sich mit Österreich und Russland zur Heiligen Allianz zusammen, deren Ziel es war, Freiheitsbewegungen in Europa zu unterdrücken. Für Veränderungen hatte Friedrich Wilhelm nur noch wenig Sinn. Kein Wunder, dass er sein Versprechensversprechen nicht einlöste; er hatte es während der Freiheitskriege gegeben, als er die Unterstützung der ganzen Nation benötigte.

Nach und nach reichten die Reformer ihren Abschied ein, oder sie wurden aus der Regierung gedrängt. Spätestens mit dem Tod Hardenbergs 1822 war die Reformära zu Ende.

Trotz des Abschieds auf Raten zählen die Preussischen Reformen zu den großen Modernisierungsprojekten der europäischen Geschichte. Sie verstärkten zwar die Tendenz der Menschen in Preußen, Wandel als Veränderung von oben zu erwarten. „Revolutionen“, konnte Otto von Bismarck noch Jahrzehnte später unwidersprochen behaupten, „machen in Preußen nur die Könige“. Doch die Politik von Stein und Hardenberg setzte eine große wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik frei, und so brauchen die Preussischen Reformen keinen Vergleich zu scheuen, auch nicht mit der Französischen Revolution, dem anderen großen Modernisierungsprojekt jener Epoche. Frankreich blieb lange Zeit rückständiges Agrarland, Preußen hingegen wurde zu einem prosperierenden Industriestaat mit Universitäten von Weltruf.

Und während die Revolution in Frankreich mit ihrem Terror und den Kriegen Millionen Menschen das Leben kostete, musste für die Preussischen Reformen niemand seinen Kopf unter das Fallbeil legen.

Für deutsche Verhältnisse ist das kein schlechtes Ergebnis. ♦

CHANCEN

Die Preussischen Reformen schufen die Voraussetzung für die Industrialisierung der Großmacht. Der Breslauer August Borsig ergriff die Chancen und gründete 1837 in der Chausseestraße in Berlin-Mitte eine Maschinenfabrik, die zur größten Lokomotivenfabrik Europas wurde. Ölgemälde von Eduard Biermann, 1847.

Wehrpflicht

Nach dem Sieg über Napoleon 1813 hob Friedrich Wilhelm III. die Wehrpflicht auf, führte sie dann jedoch 1814 mit dem „Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienst“ endgültig ein. Danach mussten alle jungen Männer im stehenden Heer drei Jahre dienen oder Landwehr oder Landsturm zur Verfügung stehen. Die Landwehr sollte das Heer unterstützen, der Landsturm bei einem Einfall in Preußen einberufen werden. De facto wurde nur die Hälfte aller Dienstpflichtigen eingezogen.